

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	322
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	570/2021
		GZ:	6234-01.1
Sitzungstermin:	05.10.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Dr. Maier		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Herr Häbe / pö		
Betreff:	Nachnutzung Bereich unter der Paulinenbrücke - Weiterentwicklung ab Sommer 2021		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik vom 20.07.2021, öffentl., Nr. 247
Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen vom 23.07.2021, öffentlich, Nr. 112
jeweiliges Ergebnis: Zurückstellung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 28.09.2021, GRDRs 570/2021, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem Konzept "Nachnutzung Bereich unter der Paulinenbrücke - Weiterentwicklung ab Sommer 2021" mit den in der Vorlage aufgeführten Maßnahmen wird zugestimmt. Die Gesamtkosten für die Maßnahmen betragen 962.010 EUR.
2. Die niederschwellige sozialarbeiterische Beratung und Betreuung der unterschiedlichen sozialen Gruppen im öffentlichen Raum unter der Paulinenbrücke, insbesondere der Menschen mit Suchtproblematiken und der Wohnungslosen, wird von Oktober 2022 bis Dezember 2023 für 15 Monate verlängert.
 - a. Zur Förderung einer 0,5 Fachkraftstelle zur Beratung und Betreuung von Menschen mit Suchtproblematiken erhält der Caritasverband für Stuttgart e. V., Strombergstraße 11, 70188 Stuttgart, im Jahr 2022 einen städtischen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 10.912 EUR und für das Jahr 2023 in Höhe von 44.719 EUR.

- b. Zur Förderung einer 0,5 Fachkraftstelle zur Beratung und Betreuung von Wohnungslosen erhält die Ambulante Hilfe e. V., Kreuznacher Str. 41A, 70372 Stuttgart, im Jahr 2022 einen städtischen Betriebskostenzuschuss im Jahr 2022 in Höhe von 11.693 EUR und für das Jahr 2023 in Höhe von 47.919 EUR.
 - c. Sofern es in der Laufzeit von 48 Monaten zu einem Tarifabschluss nach TVöD kommt, wird dieser an die beiden Träger weitergegeben werden.
 - d. Es gelten die Allgemeinen Bewilligungsbedingungen.
 3. Während der Weiterentwicklungsphase werden beim Amt für Stadtplanung und Wohnen und beim Amt für Sport und Bewegung Ermächtigungen für die Gesamtkoordination bzw. die Koordinierung der Urban Sports Area eingerichtet.
 - a. Vom zusätzlichen unabweisbaren bis 31.12.2023 befristeten Personalbedarf in Höhe von 1,0 VZK in EG 13 TVöD beim Amt für Stadtplanung und Wohnen (Gesamtkoordination) sowie von 0,5 VZK in EG 11 TVöD beim Amt für Sport und Bewegung (Koordination Urban Sports Area) wird Kenntnis genommen.
 - b. Die Verwaltung wird ermächtigt, entsprechendes Personal ab 01.11.2021 befristet bis 31.12.2023 einzustellen.
 4. Für die Maßnahmen beläuft sich der Sachmittelbedarf inkl. der unter Ziffer 2 aufgeführten beiden 0,5 Fachkraftstellen auf insgesamt 684.243 EUR. Der Mittelbedarf im Jahr 2021 in Höhe von 150.000 EUR wird wie im Abschnitt Finanzielle Auswirkungen dargestellt im Rahmen der Verwaltungszuständigkeit überplanmäßig gedeckt. Die Deckung erfolgt aus Restmitteln im Teilhaushalt 810 - Bürgermeisteramt. Die darüber hinaus erforderlichen Mittel von insgesamt 534.243 EUR für die Jahre 2022 bis 2023 sind im Vorgriff auf den Doppelhaushalt 2022/2023 bereitzustellen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Von Herrn Pfeiffer (OB/82) werden einführend die Inhalte der Präsentation sowie der Vorlage erläutert.

Die Entwicklung unter der Paulinenbrücke wird von StRin Dr. Lehmann (90/GRÜNE), StR Kotz (CDU) und StRin Kletzin (SPD) positiv bewertet. Für StR Kotz wird der Begriff Raum allerdings überstrapaziert. Durch StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) wird erklärt, das Projekt Paulinenbrücke des Vereins Stadtlücken habe die Verwaltung "vergeigt". Das, was nun umgesetzt werden solle, sei zu wenig. Bevor in die Umsetzung gegangen werde, solle die Verwaltung nochmals die Gespräche mit Stadtlücken e. V. und der Jugendarbeit suchen. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Ämter begrüßen StR Serwani (FDP) und StRin Kletzin. Von StR

Serwani wird betont, das Ergebnis sei keine Notlösung und werde von seiner Fraktion vollumfänglich unterstützt.

Mit Nachdruck bedanken sich StRin Dr. Lehmann, StRin Kletzin, StR Pantisano und StRin Köngeter (PULS) für das bürgerschaftliche Engagement des Vereins Stadtlücken e. V. Demgegenüber äußert sich StR Serwani zu der Zusammenarbeit mit diesem Verein durchaus kritisch.

Der Einschätzung von StR Pantisano, dass für Mädchen/junge Frauen lediglich Sitzmöglichkeiten geschaffen werden sollen, widersprechen StR Serwani und StR Goller (AfD). Für StR Serwani wird die verbesserte Helligkeit zum Wegfall eines Angstraumes führen. Die Notwendigkeit, für Angebote für Mädchen/junge Frauen nochmals einen Dialog zu führen, vertritt StRin Köngeter. Gut wäre es ihrer Einschätzung nach, dafür einen Kreativprozess zu wählen, der mehr als eine Standardbetrachtung ermöglicht. Mädchen/junge Frauen sollten ermutigt werden, sich dabei einzubringen.

Wie die zukünftigen Zuständigkeiten geregelt werden, möchte StR Schrade wissen.

Der partizipative Ansatz, so Herr Pfeiffer, habe bei diesem Stadtentwicklungsprozess abweichend von üblichen Vorgehensweisen auf niederschwellige Beteiligungsmöglichkeiten abgezielt. Es werde bei solchen Prozessen letztlich immer Stimmen geben, die ihre Wünsche nicht als erfüllt betrachten. Mit Nachdruck betont er, in seinen Augen sei das Projekt trotz eines Rückschlags nicht gescheitert. Gelernt habe man, und damit wendet er sich an StRin Kletzin, dass die Verwaltung Stellen benötige, welche das zivilgesellschaftliche Engagement auffangen und kanalisieren können. Wie dies genau geschehen solle, müsse sich noch zeigen. Mit der Vorlage sei versucht worden, die erforderlichen Stellen abzubilden.

Weiter habe sich gezeigt, dass ein permanentes Bespielen des Ortes wichtig sei, und zwar unabhängig von der Witterung und sonstigen Einflüssen.

Laut Frau Knorr (ASB) sind die Angebote für Sport und Bewegung in der Innenstadt sehr knapp. Ziel ihres Amtes sei, solche Angebote auch in der Innenstadt zu fördern. Das Vorgelegte seien erste Ideen. Zwar würden sich darunter Vorschläge befinden, von denen bekannt sei, dass diese gut funktionierten, aber es solle durchaus ausprobiert werden, welche Formen von sogenannten urbanen Trendsportarten an so einem speziellen Ort überhaupt mit dem Fokus auf Jugendliche umsetzbar seien.

Mit dem Thema Mädchen/junge Frauen beschäftige man sich bereits seit langer Zeit. Es sei nicht genau bekannt, was diese Gruppe gerne machen wolle. Auch dies solle ausprobiert und weiterentwickelt werden. Wenn dem Beschlussantrag gefolgt werde, erfolge der Prozessstart. Wie letztlich die einzelnen Module umgesetzt würden, werde mit den einzelnen Akteuren (Sportvereine, Mobile Jugendarbeit, Sozialhilfeplanung etc.) noch ausdifferenzieren sein.

Im weiteren Verlauf trägt Herr Dörr (ASW) gegenüber den StRen Schrade (FW) und Goller vor, die Toilettenfrage sei ein Dauerthema. Allen sei bekannt, dass es sich um ein problematisches Thema handle. Aktuell gebe es eine nur gegen Geld nutzbare Lifaßsäulentoilette. Diese werde allerdings durch die Interimsansiedlung der Branddirektion entfallen. Wie diese Toilette ersetzt werden solle, sei noch nicht abschließend geklärt. Eine der verfolgten Planungen sehe eine öffentliche Toilette im Feuerwehrgebäu-

de vor, und langfristig plane der Abfallwirtschaftsbetrieb (AWS), auf der anderen Stra-
ßenseite eine größere Toilettenanlage. Ob sich diese Planung rechtzeitig umsetzen las-
se, werde noch geprüft. Ansonsten komme ein Provisorium. Ein Zusammenhang beste-
he zum einen mit der Planung der Branddirektion und zum anderen damit, wie zügig
eine Zusammenarbeit mit der AWS gelinge. Daran anknüpfend merkt StR Pantisano an,
mit ein Grund, weshalb seitens der Stadtlücken keine Bereitschaft mehr bestehe mitzu-
arbeiten, seien die seit Jahren ungeklärten Grundsatzfragen, wie z. B. die der Toiletten.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, stellt BM Dr. Maier, ohne dass
sich Einwendungen ergeben, fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat die GR Drs. 570/2021 vorbe-
raten.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

Verteiler:

- I. Referat OB/82
zur Weiterbehandlung
weg. WA, VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-ICG
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 5. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
Branddirektion (2)
Amt für Sport und Bewegung (2)
 6. Referat JB
Jugendamt (2)
 7. Referat SI
Sozialamt (2)
 8. Referat SWU
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
Baurechtsamt (2)
 9. Referat T
Hochbauamt (2)
Tiefbauamt (2)
Garten-, Friedhofs- u. Forstamt (2)
AWS (2)
 10. BVin Mitte, BV Süd
 11. GPR (2)
 12. Rechnungsprüfungsamt
 13. L/OB-K
 14. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft Die FRAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktionsgemeinschaft PULS
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion